



# Kupfer-Konflikte

Reisebericht aus Peru  
Von Simon Zamora Martin,  
*Stipendiat der Heinz Kühn-Stiftung*



Ende März protestieren nach der Ermordung eines berühmten Sängers Studierende in Lima gegen die eskalierende Gewaltkriminalität und fordern den Rücktritt der Übergangspräsidentin Dina Boluarte.

Als vor 500 Jahren die ersten spanischen Eroberer das Gebiet des heutigen Peru betraten, trachteten sie vor allem nach einem: den gewaltigen Gold- und Silberschätzen der Inka. Schillernd ist dieses Kapitel der Geschichte jedoch nicht. Die Spanier unterwarfen die Hochkultur der Inka brutal und etablierten für Jahrhunderte ein System der Zwangsarbeit, um die reichen Rohstoffvorkommen nach Europa zu exportieren.

Seit der Unabhängigkeit vor 200 Jahren hat sich vieles verändert in dem Andenstaat, der fast so groß ist wie Westeuropa. Doch eines ist geblieben: Der Bergbau spielt weiterhin eine zentrale wirtschaftliche Rolle. Er macht mehr als zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus und ist für gut 60 % der Exporterlöse verantwortlich.

Peru zählt heute zu den weltweit führenden Produzenten von Kupfer, Gold, Silber und Zink – wobei insbesondere Kupfer eine Schlüsselrolle einnimmt: Nach Chile ist Peru der zweitgrößte Kupferproduzent der Welt. Der Sektor schafft zahlreiche Arbeitsplätze, sowohl direkt in den Minen als auch indirekt über Transport, Zulieferbetriebe und Dienstleistungen. Zudem

trägt der Bergbau erheblich zu den Staatseinnahmen bei und finanziert insbesondere in ländlichen Regionen wichtige Infrastrukturprojekte.

Allerdings gehen mit dem Bergbau auch erhebliche ökologische und soziale Herausforderungen einher – darunter Umweltverschmutzung, Wasserknappheit und Konflikte mit betroffenen Gemeinden.

Zweifellos ist der Bergbau ein Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in Lateinamerika. Doch Arbeits- und Umweltbedingungen haben über die Jahrhunderte hinweg auch immer wieder soziale Verwerfungen, Proteste, Aufstände und Revolutionen ausgelöst. Und auch für Deutschland können Konflikte im peruanischen Bergbau ganz direkte Folgen haben: Das rund 10.000 Kilometer entfernte Land ist unser zweitwichtigster Kupferlieferant.

Mit meiner Recherche in Peru wollte ich exemplarisch an drei Kupferbergwerken, die alle nach Deutschland exportieren, untersuchen, welche Faktoren sich positiv oder negativ auf die gesellschaftliche Akzeptanz solcher Großprojekte auswirken.

## Rückkehr in ein anderes Land

Im Februar 2025 betrete ich zum ersten Mal seit der Pandemie wieder peruanischen Boden – und finde ein Land vor, das sich tiefgreifend verändert hat. Peru wurde von COVID-19 so hart getroffen wie kaum ein anderes Land in Lateinamerika. Nahezu jede Familie hat einen nahen Angehörigen verloren. Die wirtschaftlichen Folgen sind ebenfalls dramatisch: Die Armutsquote ist rasant gestiegen, weil zahllose Unternehmen ihre Beschäftigten entließen. Mit der Armut nahm auch die Kriminalität zu – besonders in der Metropolregion Lima. Täglich berichten die Medien über mehrere Morde, etwa an Friseur:innen oder Taxifahrer:innen, die Schutzgelder nicht zahlen konnten. Auch die Zahl politischer Morde, vor allem an indigenen Aktivist:innen, ist deutlich gestiegen. Das Klima der Angst ist überall spürbar. Im laufenden Jahr wird im Schnitt alle vier Stunden ein Mensch ermordet.

Als Reaktion auf die eskalierende Gewalt rief die Regierung Mitte März erneut den Ausnahmezustand über Lima aus und schickte das Militär auf die Straßen. Dasselbe Militär, das Präsidentin Dina Boluarte bereits 2023 einsetzte, um Proteste brutal niederzuschlagen – Proteste, die Neuwahlen und eine neue

Verfassung forderten. Seitdem nimmt das politische System zunehmend autoritäre Züge an: Die Pressefreiheit ist im Ausnahmezustand eingeschränkt, Korruptionsermittlungen gegen Amtsträger:innen werden behindert und ein NGO-Gesetz nach russischem Vorbild wurde verabschiedet.

Unverändert ist dagegen das Ausmaß der Korruption auf allen Ebenen des Staates. Anfang des Jahres wurde ein Prostitutionsring innerhalb des peruanischen Kongresses aufgedeckt. Wenige Tage später war die Hauptzeugin tot – ermordet. Ermittlungen gegen die Täter? Fehlanzeige. Laut einer Recherche des Wochenmagazin „Hildebrand“ hat die Polizei nicht einmal die Überwachungsvideos gesichert, mit dem das Fluchtfahrzeug identifiziert werden konnte.

Ein Sinnbild dieser allgegenwärtigen Korruption ist die Straße Azángaro – direkt neben dem Justizpalast in Lima, in Sichtweite des Büros des Justizministers. Dort werden offen gefälschte Dokumente aller Art angeboten. Auch mir werden sie beim Vorbeigehen angeboten: Ein gefälschter Führerschein kostet 25 bis 30 Euro, ein Personalausweis etwa 40.

# Strand und Schwefelsäure



Von Lima aus fahre ich rund 500 Kilometer nach Süden – mein erstes Ziel ist die Küstenstadt Marcona. Als der Fernbus um fünf Uhr morgens ankommt, herrscht bereits geschäftiges Treiben. In den dunklen Gassen der 16.000-Einwohner-Stadt eilen Menschen in leuchtend orangenen Overalls zur Frühschicht – in die „Shougang“-Eisenmine, für die Marcona vor etwa 70 Jahren inmitten der Wüste errichtet wurde. Zuvor existierten hier nur temporär genutzte Fischerhütten. Erst die Erschließung reicher Eisenerz-

vorkommen führte zum Aufbau einer dauerhaften Siedlung – in sicherer Entfernung zur Mine und zur Raffinerie entstand San Juan de Marcona. Um Arbeitskräfte unterzubringen, baute der damalige Eigentümer, eine US-amerikanische Miningesellschaft, Baracken in die Wüste. Rund um diese Unterkünfte entwickelte sich langsam eine Stadt: Es entstanden Geschäfte, Schulen, Kindergärten, Gaststätten und sogar ein Kino und ein Theatersaal. Für eine kleine Provinzstadt ist Marcona überraschend

lebendig: 24-Stunden-Spätverkäufe, chinesische Supermärkte, Cafés mit klassischer Musik, Salsa-Bars am Strand und Restaurants, die für die zugezogenen Hochlandbewohner:innen Spezialitäten aus ihrer Heimat servieren. Überall prangt das Logo der Miningesellschaft: ein roter Adler und der Schriftzug „Hierro Shougang“ – auf Wänden, Schildern und Gebäuden.

Seit Mitte der 50er Jahre wuchs um die Baracken des Bergbaukonzernes die Kleinstadt Marcona. 1990 wohnten hier rund 23.000 Menschen. Heute stehen viele Wohnungen in den nach Buchstaben benannten Stadtteilen leer. Ein Großteil der Beschäftigten wurden nach der Privatisierung 1992 entlassen und die Zahl der Einwohner:innen halbierte sich.

Doch Luis Peredas, langjähriger Maschinist und heute Vorsitzender der Gewerkschaft „Sindicato de Obreros Mineros Shougang Hierro Perú“, weiß, dass die Zukunft von Marcona ungewiss ist. „Unsere Kinder werden wohl nicht mehr in den Häusern wohnen, die wir gebaut haben“, sagt der 60-Jährige. „Wenn das Erz erschöpft ist, ziehen sie weiter – und Marcona wird zur Geisterstadt. So wie in den 1990ern, als es fast schon so weit war.“ Peredas sitzt im Versammlungssaal des Gewerkschaftshauses – ein Bau aus den 1970er Jahren mit Mahagoni-Tisch und messingbeschlagenen Sesseln. An den Wänden hängen Schwarz-Weiß-Fotografien: Streiks, Beerdigungen – und immer wieder derselbe Name: Saúl Cantoral. „Cantoral ist unser Vorbild“, sagt Peredas. In den 1980er Jahren vereinte der Gewerkschafter verschiedene Bergarbeiterorganisationen und führte einen der größten Arbeitskämpfe in Perus Geschichte. „Wir haben damals historische Verbesserungen erstritten – und Cantoral hat dafür mit dem Leben bezahlt.“ 1989 wurde er von einer in Nordkorea ausgebildeten paramilitärischen Einheit ermordet, die der sozialdemokratischen Regierungspartei APRA als bewaffneter Arm diente. Dieser politische Mord markierte nicht nur den Bruch der Arbeiterbewegung mit der APRA – er läutete auch den Niedergang der peruanischen Gewerkschaftsbewegung ein. „Viele unserer Leute hatten Angst, sie könnten die Nächsten sein“, erinnert sich Peredas. Zwei Jahre später begann der Diktator Alberto Fujimori den Bergbausektor zu privatisieren. Und verschärfte die staatliche Verfolgung von Gewerkschafter:innen.

## „Wenn das Erz erschöpft ist, ziehen sie weiter – und Marcona wird zur Geisterstadt.“



Mit der Privatisierung übernahm 1992 der chinesische Stahlkonzern Shougang die Mine – und krepelte alles um. Das Hüttenwerk wurde geschlossen, viele Beschäftigte entlassen. Marcona verlor fast die Hälfte seiner damaligen 23.000 Einwohner:innen. Das Theater steht seitdem leer, viele Häuser verfallen. Auch die politische Rolle der Gewerkschaft schrumpfte. Früher war sie die bestimmende Kraft in der Stadt – heute ist sie nur noch ein Schatten ihrer selbst. Das Gewerkschaftshaus, einst Symbol ihrer Macht, liegt zentral am ältesten Kreisverkehr der Stadt, mit großem Versammlungssaal, Büroräumen und dem ältesten Fußballstadion der Region. Zur diesjährigen Generalversammlung kommen kaum noch Mitglieder – ein gutes Dutzend älterer Bergarbeiter, viele kurz vor der Rente. Peredas mahnt: „Wenn sich niemand für die Moderation findet, können wir die Versammlung nicht durchführen.“

Auf der Agenda stehen die Forderungen für die diesjährige Tarifrunde: Lohnerhöhung, bessere Absicherung bei Krankheit, Unterstützung für die Bildung der Kinder.

Doch Shougang stellt seit Jahren keine Arbeiter:innen mehr ein, sondern ausschließlich Angestellte – für dieselben Tätigkeiten, aber mit schlechteren Konditionen. Für Angestellte gilt ein niedrigeres Tarifniveau; Peredas' Gewerkschaft ist nicht zuständig. „Später gründeten die Chinesen sogar gelbe Gewerkschaften“, erzählt er. Neue Beschäftigte wurden aufgefordert, dort einzutreten – eine Bedingung für die Einstellung. Die Folge: Die gelbe Gewerkschaft der Angestellten wurde zur größten. Und die Schwesterorganisation von Peredas Gewerkschaft,

Lange war die Gewerkschaft die wichtigste Politische Macht in Marcona und der Posten des Generalsekretärs wichtiger als die des Bürgermeisters. Doch heute sitzt der Gewerkschaftsführer Luis Peredas fast alleine in dem riesigen Versammlungssaal: nur ein gutes Dutzend alter Bergarbeiter ist zur Generalversammlung gekommen.



die Gewerkschaft der Angestellten, darf seither keine Tarifverträge mehr aushandeln. „Und die ‚Unabhängige Gewerkschaft der Angestellten‘ – also die gelbe – erfüllt den Bossen jeden Wunsch.“

Der alte Gewerkschafter verfolgt nun einen letzten Plan: Er will seine Organisation mit der alten Angestelltenvertretung fusionieren. „Dann wären wir wieder die stärkste Kraft – und könnten Tarifverträge für die Jungen verhandeln. Und notfalls auch streiken.“

Die Zeiten, in denen die Gewerkschaftswahl wichtiger war als die Bürgermeisterwahl, sind vorbei. In Marcona – einer Stadt, die zur Hälfte dem Konzern gehört – sitzen heute lokale Politiker:innen im Rathaus, die sich mit einem populistischen Anti-Shougang-Kurs profilieren. Viele dieser Konflikte haben mit realen Problemen zu tun: Die Stadt kann nicht wachsen, weil das Umland dem Unternehmen gehört. Die Infrastruktur zerfällt, viele Haushalte haben keinen Wasseranschluss. Einmal pro Woche liefern private Anbieter Trinkwasser mit dem LKW – zu überhöhten Preisen.

„Wir sind eingekesselt von den Chinesen“, sagt eine Bewohnerin. Und Shougang, so heißt es oft, tue nichts für den Erhalt der Stadt.

Der Stolz der Bergarbeiterstadt Marcona verblasst langsam aber sicher. In den Park spielen schon lange keine Kinder mehr. Und wer kann probiert seinen Kindern eine Bildung in Lima zu ermöglichen, damit sie nicht im Bergwerk arbeiten müssen. Auch, weil die Bergbauunternehmen von Marcona bevorzugt Menschen aus anderen Landesteilen einstellen würden, wie sich viele Anwohner:innen beschweren.

# Der Fischerpräsident

Neben dem Bergbau bildet die Fischerei das zweite wirtschaftliche Standbein Marconas. Geschützt durch die unter Naturschutz stehende Halbinsel „Punta de San Juan“, einem Brutgebiet für Pinguine, liegen unzählige kleine Fischerboote in der Bucht. Eines davon ist das sechs Meter lange, blau gestrichene Holzboot von Juan Jesús Carlos Medina. Wegen seiner schmalen Augen nennen ihn hier alle nur „El Chino“. Zwei junge Männer sortieren Netze an Bord, während Medina besorgt in den Laderaum blickt, in dem Eis, Wasser und 3,5 Tonnen Fisch lagern.

„48 Stunden waren wir auf See“, erzählt der 67-jährige Fischer. „48 Stunden ohne Schlaf – nur Kaffee und Zigaretten hielten uns wach.“ Jetzt sagt ihm der Händler, dass er den Fang doch nicht wie vereinbart abnehmen könne – angeblich, weil heute kein LKW mehr nach Lima fahre. Die Kühlkapazitäten des kleinen Hafens sind erschöpft. „Wenn ich bis morgen Früh keinen Käufer finde, muss ich den ganzen Fang wegwerfen.“ Zwei Tage Arbeit – umsonst. Aber so sei das Fischerleben: „Manchmal verdienst du in zwei Stunden 180.000 Soles (45.000 Euro) – und dann fängst du monatelang nichts.“

Medina ist seit seinem 13. Lebensjahr auf dem Meer, wie schon sein Vater. Heute gilt er als einer der erfahrensten Fischer Marconas. Vor einigen Jahren wurde er zum Präsidenten der Kleinfischervereinigung „Asociación Bolichitos Artesanales de Marcona Juan Marcial Valenzuela“ gewählt. Er ist ein wacher, vorsichtiger Mann, der jedes Wort und jede Geste genau abwägt. Im Gespräch verliert er die ersten 20 Minuten kein schlechtes Wort über die Bergbauunternehmen. „Bergbau bringt immer Umweltprobleme mit sich – aber er fördert auch das Wachstum.“ Ohne den Bergbau, so Medina, gäbe es Marcona nicht. Und auch keinen Fischereihafen. Seine Kinder hätten dank Bildungsprogrammen der Bergbaufirmen alle studiert: Der Sohn ist Ingenieur, die Töchter sind Ärztin und Anwältin.

Auf konkrete Umweltprobleme angesprochen, lenkt er das Gespräch immer wieder auf die Vorzüge des Bergbaus – insbesondere auf das mit deutschen Steuergeldern geförderte Projekt „Mina Justa“ des Unternehmens Marcobre. Damit die Kupferhütte in Hamburg langfristig beliefert werden kann, stellte Deutschland 459 Millionen Euro über sogenannte UFK-Garantien bereit – im Gegenzug für einen langfristigen Liefervertrag. „Marcobre ist das beste Unternehmen“, schwärmt El Chino. Vor allem, weil sie ihn und seinen Verband konkret unterstützen:

„Neun Jahre haben wir auf Strom im Hafen gewartet – nichts passierte. Marcobre hat das in 15 Tagen erledigt.“ Aktuell baut das Unternehmen für Medina einen schwimmenden Kai im Wert von über 100.000 Euro, damit er künftig Touristenfahrten anbieten kann. Wichtig sei ihm jedoch, dass er nie direkt Geld vom Unternehmen angenommen habe: „Sie wollten mir das Geld geben, aber ich sagte: Ich will kein Geld. Baut mir den Kai.“

Ganz anders äußert sich Medina über Shougang. Plötzlich kippt seine Stimme, in der zuvor Ruhe und Kontrolle lagen. „Shougang bietet uns gar nichts!“ Dabei wäre es für den Weltkonzern ein Leichtes, mit vergleichsweise kleinen Summen die Bevölkerung zu unterstützen. Stattdessen kümmere sich das Unternehmen nicht um die Belange der Stadt. Und die negativen Folgen des Bergbaus träfen die Fischer direkt.

„Wenn wir von Umweltverschmutzung sprechen – sei es durch Shougang oder Marcobre – gibt es einiges zu sagen“, beginnt Medina zögerlich. „Wenn die Frachtschiffe die Metallkonzentrate verladen, kommt es zu massiven Einträgen ins Meer.“ Die Schiffe bringen Ballastwasser aus fernen Häfen mit, das sie hier – mitsamt den Rückständen vorheriger Frachten – ins Meer ablassen. „Und beim Verladen weht der Wind das feine Konzentrat direkt ins Wasser.“ Vor kurzem, so Medina, habe Marcobre das Meer mit Schwefelsäure kontaminiert.

Mehr Details über Umweltprobleme will er aber nicht öffentlich machen. Er fürchtet die Konsequenzen. „Ich könnte Marcobre verklagen, weil sie nie die erforderliche soziale Zustimmung der Community eingeholt haben.“ Doch ohne Rückhalt in der Bevölkerung sei das unmöglich. „Die kaufen sich das Schweigen, indem sie Geld verteilen.“ Wer nicht mitspielt und offen redet, so Medina, bringe sich in Gefahr. „Wenn ich keine Bestechung annehme und den Mund aufmache, bin ich ein toter Mann.“

**„Wenn ich keine Bestechung annehme und den Mund aufmache, bin ich ein toter Mann.“**



Seit 54 Jahren arbeitet Juan Carlos Medina als Fischer.

## Stadt ohne Zukunft?

Vor allem mit dem chinesischen Konzern Shougang kommt es in Marcona immer wieder zu Konflikten. Fast alle Bewohner:innen, mit denen ich spreche, äußern Kritik – in sehr unterschiedlichen Facetten. Viele beschreiben das Verhältnis zwischen Stadt und Unternehmen als chronisch angespannt: Einerseits ist Shougang Eigentümer der halben Stadt, kümmert sich jedoch kaum um deren Erhalt. Andererseits ist es der wichtigste Arbeitgeber – doch die Arbeitsbedingungen haben sich in den letzten Jahren zunehmend verschlechtert.

Mit der Schwächung der Gewerkschaften verlagerte sich der Konflikt zunehmend auf die politische Ebene. Sowohl Gewerkschafter, Fischer als auch Anwohner:innen berichten, dass bei den letzten Kommunalwahlen stets Kandidat:innen gewonnen haben, die offen die Konfrontation mit Shougang suchten. Im vergangenen Jahr eskalierte der Konflikt zwischen Bürgermeister und Konzern deutlich: Der Bürgermeister verweigerte seine Zustimmung zur geplanten Expansion der Mine – ein Schritt, der die Produktion des Unternehmens ernsthaft gefährden könnte.

Als Reaktion sammelte Shougang unter den Beschäftigten Unterschriften für ein Amtsenthebungsverfahren. „Auch ich wurde von meinem Vorgesetzten aufgefordert, die Petition zu unterschreiben“, berichtet Gewerkschafter Luis Peredas. Als unbefristeter Festangestellter widersetzte er sich. „Die jungen Kollegen, die überwiegend befristete Verträge haben, mussten jedoch unterschreiben.“ Teilweise sei ihnen offen gedroht worden, dass ihre Verträge sonst nicht verlängert würden. Letztlich scheiterte der Versuch: Aufgrund der erzwungenen Unterschriften erklärte das oberste Wahlgericht die Petition für ungültig. Marcobre hingegen genießt in der Bevölkerung einen deutlich besseren Ruf als Shougang – auch weil das Unternehmen spürbar mehr in Marcona investiert. Trotzdem profitiert die Stadt unter dem Strich weniger: Von den etwa 900 direkt und 1.800 über Subunternehmen beschäftigten Arbeiter:innen der Kupfermine „Mina Justa“ stammen nur rund 20 % aus der Provinz Ica – und nur ein verschwin-

dend geringer Anteil aus Marcona selbst. Der Grund liegt im sogenannten „atypischen Schichtmodell“, das bei neuen Bergwerken inzwischen Standard ist: Zwölf-Stunden-Schichten, 14 Tage Arbeit ohne Pause, anschließend sieben Tage frei – abzüglich der langen An- und Abreisezeiten. Untergebracht sind die Arbeiter:innen in einer Barackensiedlung direkt am Bergwerk. Die Mehrheit stammt aus anderen Landesteilen, viele aus der zehn Busstunden entfernten Hauptstadt Lima. Selbst Beschäftigte, deren Familien in Marcona wohnen, dürfen diese laut eigenen Angaben während der 14 Arbeitstage nicht besuchen.

Anwohner:innen kritisieren, dass sie trotz gleicher Qualifikation bei Bewerbungen gegenüber Bewerber:innen aus anderen Regionen benachteiligt würden.

Bei Shougang arbeiten zwar weiterhin viele in Marcona ansässige Beschäftigte – im klassischen Acht-Stunden-Modell, Montag bis Samstag – doch auch hier wird zunehmend auf das „atypische Schichtmodell“ umgestellt. Während der Pandemie errichtete das Unternehmen ein Containerdorf, in dem die Belegschaft „isoliert“ untergebracht wurde – offiziell zur Eindämmung von Infektionen. Nach dem Ende der Lockdown-Maßnahmen sollte das System wieder abgeschafft werden. Doch laut Gewerkschaft nutzt Shougang die neue Infrastruktur, um die klassische Schichtstruktur Stück für Stück durch das neue Modell zu ersetzen – und dabei gezielt Menschen von außerhalb Marconas anzustellen.

„Shougang wäre es wohl am liebsten, wenn die Stadt einfach verschwindet“, sagt Luis Peredas. Das Unternehmen könne so Konflikte vermeiden – und mit dem atypischen Schichtsystem werde Marcona möglicherweise noch vor dem Ende des Bergbaus zur Geisterstadt.

Ich hätte gerne auch mit Vertreter:innen von Shougang, Marcobre und dem Bürgermeister gesprochen – doch keine der Anfragen führte zu einem Interview. Zwei Gesprächstermine im Rathaus wurden kurzfristig abgesagt, die Unternehmen antworteten auf keine meiner Kontaktversuche.

# Avocados und Arsen



Von Marcona aus setze ich meine Reise weiter nach Süden fort. Die Panamericana zieht sich wie ein Lineal durch die endlosen Weiten der Wüste. Nur gelegentlich wird die trockene Einöde von kleinen Oasen durchbrochen – grüne Streifen entlang der wenigen Flüsse, die aus den Anden Richtung Pazifik fließen. Hier wird seit Jahrtausenden Landwirtschaft betrieben, denn die fruchtbaren Böden und das intensive Sonnenlicht machen den Anbau besonders ergiebig.

Die Oase von Moquegua ist vor allem für ihre Avocados und Oliven bekannt – und für ihre Weinproduktion: In der frühen Kolonialzeit nahm von hier aus der peruanische Pisco seinen Siegeszug um die Welt. Mit den außergewöhnlich süßen Trauben – bedingt durch das Wüstenklima – wird ein Weinbrand mit einer Aromafülle hergestellt, wie man sie in Europa kaum kennt.

Doch seit einigen Jahren ist Moquegua vor allem durch einen anderen Rohstoff in den Fokus gerückt: Kupfer. In den 1950er Jahren schlossen sich vier US-amerikanische Unternehmen zur Southern Copper Corporation (SPCC) zusammen, um die riesigen Kupfervorkommen in den Bergen südlich von Moquegua zu erschließen. 1960 nahm die Mine Toquepala den Betrieb auf, sechs Jahre später folgte Cuajone. Rund 100 Kilometer flussabwärts errichtete SPCC eine große Raffinerie zur Verhüttung des Erzes – und baute gleich einen eigenen Hafen dazu. „Ich kam 1975 nach meinem Studium nach Ilo“, erzählt mir ein heute pensionierter Lehrer. „In meinen ersten Tagen fragte ich meine Kollegen, ob es in Ilo immer so neblig sei – da lachten sie nur: Das ist kein Nebel, das ist Rauch aus der Raffinerie.“ Die Verschmutzung war damals extrem: Kinder durften nicht draußen spielen, und dennoch wiesen sie besorgniserregend hohe Schwermetallwerte im Blut auf. Auch die Landwirtschaft litt. Pflanzen starben, Ernten verderben – die Produkte waren wegen der Belastung unverkäuflich.

Um dagegen vorzugehen, gründeten lokale Akteure – Gewerkschaften, Bauern, Nachbarschaftsinitiativen, linke Parteien – die „Front zur Verteidigung Ilos“. Nach jahrzehntelangem Kampf konnten sie erste Erfolge verbuchen: SPCC modernisierte die Schornsteine, stellte die Einleitung giftiger Abwässer ins Meer ein und zahlte Entschädigungen an betroffene Landwirte. „Wir wollen den Bergbau“, schließt der ehemalige Lehrer seine Rede auf einer Konferenz der Agrar- und Umweltförderung Moquegua, „aber nur, wenn er das Leben, die Umwelt und den Planeten respektiert.“

## Das langsame Sterben

Doch inzwischen ist die Sorge groß, dass sich die Geschichte wiederholen – oder sogar verschärfen – könnte. „Landesweit leiden bereits elf Millionen Menschen unter Schwermetallbelastung“, erklärt Lucio Flores Toledo, Präsident der Agrar- und Umweltförderer Moquegua, in seinem Eröffnungsvortrag der Konferenz. Aus der gesamten Provinz sind die Mitglieder angereist, um über Konflikte mit Bergbauunternehmen zu diskutieren. Die Region steht besonders unter Druck: Während SPCC den Fluss Torata seit Jahren mit Rückständen aus der Mine Cuajone belastet, hat das britische Unternehmen Anglo American im Quellgebiet des Flusses Osmore das neue Bergwerk Quellaveco errichtet. „Wenn auch der Osmore kontaminiert wird“, warnt Flores, „dann gibt es im ganzen Tal von Moquegua kein sauberes Wasser mehr.“

Studien des Gesundheitsministeriums bestätigen: In verschiedenen Teilen des Wassersystems leiden vor allem Kinder unter hoher Schwermetallbelastung. Besonders betroffen ist die Gemeinde Tumilaca, die unterhalb von Quellaveco liegt. Eine Erhebung von 2019 ergab, dass 75 % der getesteten Kinder zu hohe Arsenwerte aufwiesen. Zwei Jahre später waren es noch 50 % – allerdings wurde 2021 anders gemessen: Während 2019 ausschließlich Kinder untersucht wurden, bezog sich die spätere Studie auf alle Altersgruppen. Da Erwachsene durch ihr höheres Körpergewicht geringere Konzentrationen im Blut aufweisen, ist der Vergleich verzerrt. Betrachtet man ausschließlich die Kinder, ergibt sich 2021 immer



Landwirte aus der gesamten Provinz trafen sich am 15.3. in Moquegua, um über ihre Konflikte mit Bergbauunternehmen zu diskutieren.

noch ein Wert von 66 % über dem Grenzwert. Der Referenzwert in Peru liegt bei 20 µg Arsen pro Gramm Kreatinin im Urin – deutlich über dem deutschen Grenzwert von 15 µg/l. Viele Kinder in Tumilaca überschreiten selbst die peruanische Marke deutlich.

Die Folgen sind dramatisch: Arsen ist ein starkes Entwicklungs- und Nervengift, besonders gefährlich für Kinder. Es beeinträchtigt die kognitive Entwicklung, senkt den Intelligenzquotienten und erhöht das Risiko für Lernstörungen. Chronische Belastungen schwächen zudem das Immunsystem und erhöhen das Risiko für Atemwegserkrankungen, Herz-Kreislauf-Leiden und verschiedene Krebsarten. Besonders alarmierend: Arsen kann die Plazentaschranke überwinden. Schwangere Frauen, die belastet sind, riskieren Fehl- und Frühgeburten, Wachstumsstörungen und langfristige Schäden für ihre Kinder – bis hin zu Diabetes oder Herzkrankheiten im späteren Leben. Doch was ist die Ursache der Arsenbelastung? Die offiziellen Studien geben darauf keine eindeutige Antwort. Auch Wasseranalysen verschiedener staatlicher Stellen bleiben vage. Die Umweltbehörde OEFA stellte in den Sedimenten des Flusses Asana hohe Konzentrationen von Arsen und Kupfer fest – teilweise weit über den Grenzwerten. Doch sie schloss ohne nähere Begründung einen Zusammenhang mit dem Bergbauprojekt Quellaveco aus. Auffällig: Sedimentproben wurden flussaufwärts und weit unterhalb der Mine genommen – nicht jedoch direkt unterhalb der Konzentrationsanlage. Auch in anderen Studien fehlt es an klaren Angaben zur Lokalisierung der Messpunkte. In einem Fall lag die erste Probe unterhalb des Bergwerks ganze 18 Kilometer entfernt.

Auch beim Fluss Huancanane, der unterhalb der Konzentrationsanlage verläuft, fanden sich 2022 in Wasserproben hohe Mengen an Bor und Sulfat. Das Wasser war laut den gemessenen Parametern weder für den menschlichen Verzehr, noch für Landwirtschaft oder Viehhaltung geeignet. Alternative Wasserquellen standen dem betroffenen Dorf Caliente nicht zur Verfügung. Dennoch stellten die Behörden nicht einmal die naheliegende Frage: Woher stammen diese Schadstoffe? Haben die Verschmutzungen eine natürliche oder menschengemachte Ursache? Und wie kann sauberes Trinkwasser garantiert werden?

Für viele Landwirt:innen der Gemeinde Tumilaca ist die zunehmende Umweltverschmutzung längst zur existenziellen Bedrohung geworden. Einer von ihnen ist Jorge Ramírez – ein erfahrener Bergmann, der viele Jahre in Peru, Kanada und der Sowjetunion gearbeitet hat. Seinen echten Namen möchte er nicht nennen. Mehrfach wurde er bedroht, deshalb bat er darum, ein Pseudonym zu verwenden.

„Ich habe dieses Stück Land in meinem Heimatdorf als Altersvorsorge gekauft“, erzählt er. „Es war ein kleines Paradies – mit Früchten im Überfluss.“ Mit dem Anbau von Lucuma – einer süßen, mehlig-frucht – und Pfirsichen verdiente er rund 4.000 Soles im Monat, knapp 1.000 Euro. Ein gutes Einkommen in einem Land, in dem viele Menschen weit unter dem gesetzlichen Mindestlohn von 280 Euro leben. Doch seit mit dem Bau des Bergwerks Quellaveco begonnen wurde, sterben seine Bäume. „Früher war hier alles grün, die Bäume trugen das ganze Jahr über Blüten und Früchte“, sagt Ramírez und zeigt auf seine Obstwiese. Heute wirken die Pflanzen krank: Viele Äste sind kahl, die wenigen Früchte klein und blass. Einige Bäume wurden bereits gefällt, auf den kahlen Stellen wächst jetzt Basilikum und Koriander. Ramírez holt ein Notizbuch aus dem Handschuhfach seines Wagens. Seit 2013 dokumentiert er hier akribisch jede Ernte – sortiert nach Frucht, Ertragsmenge und Datum. Die Zahlen zeigen, wie der Ertrag seiner Lucuma- und Pfirsichbäume drastisch eingebrochen sind. Baum für Baum sei eingegangen.

„Tumilaca war früher ein sehr fruchtbares Tal“, erinnert er sich. Doch seit einigen Jahren seien die Pflanzen von einem Pilz befallen, der das Wurzelwerk zerstöre – „wie ein Krebsgeschwür“, sagt Ramírez. Er zeigt Fotos der Asternblüte „Monte Cassino“, deren Wurzelballen mir großen Knollen durchsetzt sind. „Diese Tumore sind der Grund für das Absterben“, ist er überzeugt.

Laut einem Bericht des Landwirtschaftsministeriums ist der Pilz *Rhizoctonia solani*, im Volksmund „Wurzeltöter“ genannt, für das Sterben der Pflanzungen verantwortlich. Ein Zusammenhang mit der Schwermetallbelastung wird darin jedoch ausgeschlossen. Ramírez hält dagegen: „Diese Wurzeltu-

more wurden nie wirklich untersucht.“

Ob der Ernteausfall tatsächlich mit der Arsenbelastung in Verbindung steht, ist wissenschaftlich bislang nicht bewiesen. Klar ist jedoch: Schwermetalle aus kontaminierten Sedimenten können über das Wasser in die Pflanzen gelangen – und sich in Früchten anreichern. Das könnte auch erklären, warum das Flusswasser selbst unauffällig ist, aber das Blut der Bewohner:innen dennoch hohe Konzentrationen zeigt.

Wir fahren in das Zentrum der Gemeinde Tumilaca. Rund zwanzig Häuser reihen sich entlang der einzigen Straße, die sich in Serpentina den Berg hinaufwindet. Ein kleiner Dorfladen, ein Restaurant. Als die Nachbarin Martha Jorge Romirez sieht, sagt sie sofort: „Ich muss dir was zeigen.“ Kurz darauf kommt sie mit einer großen Plastikflasche aus dem Haus zurück. „Das hier haben wir heute Morgen am Eingang des Bewässerungskanals gefunden“, sagt sie und öffnet die Flasche. Dickflüssiger, schwarzer Schlamm tropft auf ihre Hand. Sie streicht etwas davon auf die heißen Pflastersteine. Als der Schlamm trocknet, glitzern unzählige feine Partikel im Sonnenlicht. „Sowas gab es früher nicht im Fluss“, sagt die über 60-jährige Bäuerin. Bevor das Bergwerk kam, lebten in den klaren Gewässern Forellen und Flussgarnelen. Heute sei der Fluss tot.

Martha fährt mit dem Finger durch den Schlamm auf ihrer Handfläche. „Ich habe vor Wut geweint, als ich das gesehen habe. Wie können die Großen uns das antun?“ Anglo American, das Unternehmen hinter Quellaveco, habe ihnen viel versprochen, als es um die Genehmigung des Projekts ging. „Und jetzt? Wer kümmert sich um die Umwelt? Niemand. Für sie sind wir nichts wert.“

Am meisten Sorge macht ihr der Blick in die Zukunft. „Ich bin alt“, sagt sie. „Aber was ist mit meinen Kindern und Enkeln? Die wachsen mit Arsen im Blut auf!“

Nicht nur Tumilaca, sondern die gesamte Region leidet unter ähnlichen Problemen. In Ilo gab es zuletzt erneut einen Skandal, als ein Nachbarschaftsverband Ergebnisse von Trinkwasseruntersuchungen veröffentlichte. Auch hier wurde eine sehr hohe Arsen-Belastung nachgewiesen. Während der Chef der regionalen Gesundheitsbehörde versuchte, mehr

finanzielle Unterstützung für das Schwermetallproblem von der Zentralregierung zu bekommen, berichten lokale Akteur:innen, dass dieselbe Behörde gleichzeitig Studien zur Ursachenforschung blockiere.

Solange die wahre Quelle der Belastung nicht benannt wird, droht über 200.000 Menschen entlang des Río Moquegua ein gesundheitlicher Albtraum – egal, ob das Arsen aus dem Bergbau stammt oder aus natürlichen Quellen ins Trinkwasser gelangt.



## „Wir alle verschmutzen die Umwelt“

Anglo-American ist – wie viele andere Bergbauunternehmen – leider nicht bereit, mit mir zu sprechen, und ignoriert all meine Kontaktversuche. Am Rande einer Veranstaltung der Stadtverwaltung, bei der sich verschiedene Behörden vorstellen, habe ich schließlich doch die Möglichkeit, mit einer leitenden Angestellten von Anglo-American zu sprechen: Valeria Garrido Apaza, der Chefin des „Fonds zur Entwicklung von Moquegua“ (FDM).

Der FDM ist ein Fonds für Infrastrukturprojekte, in den Anglo-American Gelder einzahlte. Der Stiftungsvorstand setzt sich neben Vertreter:innen von Anglo-American aus Politiker:innen der Region Moquegua sowie dreier Provinzverwaltungen zusammen. „Unternehmen müssen verstehen, dass es nicht nur um die ökonomische Ausbeutung im Bergbau geht“, meint Garrido. „Was tust du für die Region, aus der du die Mineralien holst? Was tust du für die Menschen? Oder willst du für immer in Erinnerung bleiben wie eine andere große Bergbaufirma in der Region?“

Mit dieser anderen Firma meint sie den US-Konzern Southern Copper Corporation, der seit den 1950er Jahren in der Region tätig ist. Dieser wird nicht nur für erhebliche Umweltverschmutzung verantwortlich gemacht, sondern steht auch immer wieder in der Kritik, nichts zur Entwicklung der Region beizutragen. Anglo-American müsse nun mit dieser schlechten Erbe leben. „Wenn wir erklären, dass wir Bergbau anders machen wollen, dass wir höhere Umweltstandards haben, sagen viele Leute: Nein, ich glaube euch nicht. Ihr seid genauso wie die anderen.“

Um zu zeigen, dass Anglo-American anders ist als Southern Copper, investiere das Unternehmen laut Garrido deutlich mehr in die regionale Entwicklung. Zusätzlich zur kommunalen Steuer Canon Minero habe Anglo-American den FDM gegründet. Das Besondere daran sei, dass nicht das Unternehmen allein über die Verwendung der Mittel entscheide, „sondern gemeinsam mit Politik und Zivilgesellschaft“. Mit „Zivilgesellschaft“ meint Garrido allerdings lediglich die regionalen Arbeitgeberverbände. Während der Bauphase der Mine von 2018 bis 2022 habe Anglo-American 350 Millionen Soles – rund 88 Millionen Euro – in den Fonds eingezahlt. Für die geplante Produktionsdauer von 36 Jahren sind insgesamt 650 Millionen Soles (ca. 164 Millionen Euro) vorgesehen – das sind durchschnittlich etwa 6

Millionen Euro pro Jahr. Zum Vergleich: Der Umsatz der Mine lag 2024 bei rund 1,8 Milliarden Euro, der Gewinn bei stolzen 622 Millionen US-Dollar – der Beitrag zum Fonds entspricht also gerade einmal 0,34 % des Jahresumsatzes.

Eine weitere wichtige Errungenschaft sieht Garrido in den „Mesas de Diálogo“ – den Dialogtischen. Im Gegensatz zu anderen Bergbauprojekten habe Anglo-American nicht nur vor Beginn des Baus Gespräche mit Politik und Zivilgesellschaft geführt, um deren Zustimmung zu gewinnen. Die Dialogtische treffen sich auch regelmäßig, um zu überprüfen, ob das Unternehmen seine sozialen Zusagen einhält. „Ich würde mir wünschen, dass noch mehr Unternehmen unserem Vorbild folgen“, so Garrido. Nur so könne der Ruf der Branche verbessert werden.

Doch nicht alle teilen Garridos positive Einschätzung. Kritiker:innen bezeichnen den Dialogtisch als Feigenblatt, das Anglo-American ermöglicht habe, die völkerrechtlich verbindliche Konsultation der betroffenen Gemeinden zu umgehen. Auch ehemalige Mitglieder des Dialogtisches äußern sich kritisch. Pablo Pereras, Präsident einer Nachbarschaftsversammlung in Moquegua, war für kurze Zeit Teil des Dialogforums. Seinen echten Namen möchte er aus Angst vor Repressionen nicht in der Zeitung lesen. Während seiner Amtszeit habe er versucht durchzusetzen, dass sich Anglo-American an die vereinbarten Quoten hält, wie viele Arbeitskräfte aus der Region stammen sollen. „Plötzlich wollten alle von mir, dass ich ihnen einen gut bezahlten Job bei Anglo-American besorge“, erzählt er. Er habe den Dialogtisch als stark korrupt erlebt, viele hätten ihn lediglich als Sprungbrett für eine politische Karriere oder einen Job bei Anglo-American genutzt. Aus Enttäuschung und weil er sich nicht korrumpieren lassen wollte, legte er sein Amt nach wenigen Monaten nieder. „Ich kümmere mich jetzt lieber darum, dass die Gehwege in meiner Nachbarschaft sicherer werden“, sagt Pereras.

Laut Garrido stehen alle Bergbauunternehmen vor dem Problem, als internationale Konzerne zahlreichen Forderungen ausgesetzt zu sein und pauschal für Umweltverschmutzungen verantwortlich gemacht zu werden. Sie kenne kein Unternehmen, das so verantwortungsvoll mit der Natur umgehe wie Anglo-American. Dennoch würden viele Menschen dem Unternehmen die Schuld an allen Problemen geben und dessen Schließung fordern.

„Als Arsen im Blut von Kindern gefunden wurde, hieß es sofort: Die Mine ist schuld. Sie muss geschlossen werden“, sagt Garrido. Die Frage, woher das Arsen tatsächlich stammt, werde jedoch kaum

gestellt. „Es gibt verschiedene Erklärungen: Die Bauern verwenden Pestizide. Andere Studien zeigen, dass das Trinkwasser aus den Aufbereitungsanlagen sauber ist und kein Arsen enthält. Warum also wird Anglo-American dafür verantwortlich gemacht?“ Man brauche eine Einigung mit den betroffenen Gemeinden, um die tatsächliche Quelle der Arsenbelastung zu identifizieren und zu beseitigen – ein Problem, unter dem die gesamte Region leide. „Wenn mich Menschen konfrontieren mit: ‚Die Mine verschmutzt die Umwelt, die Mine dies, die Mine das‘, entgegne ich manchmal: Seitdem dein Baby eine Plastikwindel trägt, verschmutzt es die Umwelt. Seit dein Kind atmet, verschmutzt es die Umwelt.“

Welche konkreten Auswirkungen das Bergbauprojekt Quellaveco auf die Umwelt haben wird, werde sich jedoch erst mit der Zeit zeigen, so Garrido. Schließlich habe die Produktion erst kürzlich begonnen. Als Bewohnerin von Moquegua sei ihr wichtig, dass regelmäßig und unabhängig überprüft werde, ob das Projekt tatsächlich so verantwortungsvoll abläuft, wie versprochen. „Aber ich möchte daran glauben, dass sie verantwortungsvoll arbeiten“, sagt Garrido. „Und was bleibt uns, wenn wir nicht mehr vertrauen?“

Jorge Ramírez und seine Mitstreiter:innen befürchten jedoch, dass es in ein paar Jahren zu spät sein könnte. Eingriffe des Bergbaus in geologische und hydrologische Systeme lassen sich oft nicht rückgängig machen. Es gibt Orte in Peru, die noch heute unter den Spätfolgen des Bergbaus aus der Inkazeit leiden. Ob Ramírez mit seinen Sorgen oder Garrido mit ihrem Optimismus recht hat, lässt sich derzeit nicht abschließend sagen – es fehlen ernsthafte Untersuchungen und belastbare Daten.

Fest steht jedoch: Die Bewohner:innen des Dorfes Tumilaca werden mit ihren Sorgen weitgehend allein gelassen – vom Staat ebenso wie von Anglo-American. Und auch Quellaveco setzt bislang nicht auf Transparenz, um zu zeigen, dass Bergbau auch anders geht.

# Teile und Herrsche

Rund 200 Kilometer nördlich von Moquegua liegt Arequipa, die bedeutendste Stadt im Süden Perus. Am Fuße des majestätischen Misti-Vulkans erstreckt sich die einst wohlhabende Kolonialstadt, deren Geschichte noch heute in der Architektur sichtbar ist. Viele Gebäude bestehen aus Sillar, einem weißen, vulkanischen Gestein, das der Stadt ihren Beinamen „Weiße Stadt“ verliehen hat. Der historische Reichtum Arequipas spiegelt sich in prächtigen Herrenhäusern, kunstvoll verzierten Kirchen und weitläufigen Klosteranlagen wider, die den Einfluss und Wohlstand der Stadt über Jahrhunderte hinweg bezeugen.

Doch nicht nur das Stadtbild, auch die Entwicklung Arequipas ist eng mit der Geologie der Region verbunden. Gegründet im 16. Jahrhundert als spanische Kolonialsiedlung, entwickelte sich Arequipa rasch zu einem wirtschaftlichen Zentrum. Der Bergbau spiel-

te dabei eine entscheidende Rolle: Silber und Kupfer aus den Anden wurden über die Stadt nach Lima und weiter nach Europa transportiert. Auch nach der Unabhängigkeit blieb der Bergbau ein Motor des Wachstums. Die wirtschaftliche Bedeutung der Region stärkte das politische Selbstbewusstsein Arequipas – immer wieder spielte die Stadt eine zentrale Rolle in politischen Bewegungen des Landes.

Trotz ihrer Größe ist Arequipa bis heute eine spürbare Bergbaustadt. Immer wieder begegnet man den weißen Pickups mit heruntergeklappten Fahnen, die in den Gruben eingesetzt werden, damit die kleinen Autos von den haushohen Trucks nicht übersehen werden. Ebenso auffällig sind die zahlreichen Akademien, die auf Berufe im Bergbau vorbereiten. Morgens und abends sind die Busse unübersehbar, die Arbeiter:innen zur Kupfermine Cerro Verde bringen oder von dort zurück in die Stadt.

Cerro Verde ist eine der ältesten und größten Kupferminen Perus – und auch für den deutschen Markt relevant. Schon 1868 wurde dokumentiert, dass Kupfererze von hier nach Wales zur Verhüttung exportiert wurden. 1917 kaufte der US-Konzern Anaconda die Lagerstätte – ein Unternehmen, das sich im 20. Jahrhundert zu einem der weltweit größ-

ten Bergbaukonzerne entwickelte. Heute zählt Cerro Verde zu den größten Kupferminen der Welt; das Gelände umfasst etwa 100 Quadratkilometer. Die Gewerkschaft gilt als eine der einflussreichsten des Landes – auch wenn sie in den letzten Jahren deutlich geschwächt wurde.

Für die Beschäftigten von Cerro Verde war die Privatisierung durch die Diktatur unter Alberto Fujimori ein einschneidender Wendepunkt. 40 % der Belegschaft wurden entlassen, die Krankenver-

sicherung eingeschränkt, Betriebskantinen auf dem Werksgelände geschlossen und Zulagen gestrichen. „Es lässt sich nicht leugnen, dass die Privatisierung die Produktivität von Cerro Verde gesteigert hat“, sagt Cesar Fernández Bedoya, der Präsident der „Gewerkschaft Cerro Verde“ (SCV). „Aber um welchen Preis?“ Wie andernorts auch, sei der Widerstand gering geblieben: „Die Arbeiter waren durch die politischen Morde eingeschüchtert.“ Als die großen Entlassungswellen begannen, habe jeder versucht, seinen eigenen Kopf zu retten – besonders politisch aktive Kolleg:innen seien als Erste entlassen worden. „1996 wurden fast alle hauptamtlichen Gewerkschafter:innen entlassen.“

Gewerkschaften in Lateinamerika funktionieren ganz anders als in Deutschland. Während hier viele exekutive Entscheidungen von nicht gewählten hauptamtlichen Sekretär:innen getroffen werden, werden in Peru alle Posten direkt von der Basis gewählt. Innerhalb der Gewerkschaften konkurrieren oft verschiedene politische Strömungen, was zu sehr politischen Wahlkämpfen führt. Die Organisation ist meist föderaler als in Deutschland: Kleine Betriebsgewerkschaften schließen sich zu Dachverbänden zusammen. Korruption ist dabei ein größeres Problem – etwa durch direkte Zahlungen von Unternehmen an Funktionär:innen oder durch mafiose Strukturen in bestimmten Branchen wie Bau oder Transport.

Zwar ist das Streikrecht in Peru explizit in der Verfassung verankert, aber gleichzeitig stark eingeschränkt: Ein Streik ist nur nach einer Zwangsschlichtung legal – ein Verfahren, das von Unternehmen durch juristische Tricks oft verhindert wird. Ein Grund, warum sich die Gewerkschaft von Cerro Verde besser behaupten konnte als andere, ist die frühe Vereinigung von Arbeiter- und Angestellten-gewerkschaft. Dadurch konnte eine Spaltung der Beschäftigtengruppen wie bei Shougang vermieden werden. Nach dem Ende der Diktatur gewann die Gewerkschaft langsam wieder an Einfluss: Sie erkämpfte unter anderem die Wiedereinführung einer Krankenversicherung für ihre Mitglieder und deren Familien und eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 46,5 auf 44 Stunden. Zwar wurden auch in Cerro Verde atypische Schichtmodelle mit 12-Stunden-Schichten eingeführt – zuzüglich drei Stunden unbezahlter Fahrtzeit –, doch die Gewerkschaft konnte ein in Peru einmaliges Kondition erkämpfen: fünf Tage Arbeit, fünf Tage frei.

Das große Problem ist das Outsourcing. Von den rund 10.300 Beschäftigten von Cerro Verde arbeiten 5.000 bei Subunternehmen – ohne Tarifvertrag,

ohne gewerkschaftliche Organisation. Selbst unter den 5.300 Direktangestellten sind nur noch etwa 1.200 gewerkschaftlich organisiert. „Viele treten nicht mehr bei, weil sie eine Entlassung fürchten“, meint Fernández. Verträge seien meist befristet – oft über das gesetzlich Zulässige hinaus. „Dann heißt es: Kündige und wir stellen dich neu ein.“

Seit 2020 kämpft die Gewerkschaft zusätzlich mit „gelben Gewerkschaften“. Der frühere Generalsekretär spaltete sich mit einer Minderheit der Mitglieder von der SCV ab, entwendete 295.000 Soles (gut 70.000 Euro) aus der Gewerkschaftskasse und verhandelte mit dem Unternehmen einen Bonus, der inmitten der Pandemie an die Mitglieder der neuen Gewerkschaft zwei Jahre früher ausgezahlt wurde als an die SCV-Mitglieder. Viele Beschäftigten wechselten – fast hätte die alte Gewerkschaft ihren Status als Mehrheitsvertretung verloren.

In Peru gelten Tarifverträge nur für Mitglieder. Die Gewerkschaften müssen regelmäßig Listen an das Unternehmen übergeben, wer tariflich zu behandeln ist. Das macht es prekär Beschäftigten schwer, einer Gewerkschaft beizutreten – aus Angst vor Kündigung. Dadurch entstehen Zwei-Klassen-Belegschaften: gut abgesicherte Alteingesessene und prekär Beschäftigte ohne Tarifbindung.

Ein zweites Problem ist die Auslagerung ganzer Arbeitsbereiche an Subunternehmen – oft mit Löhnen knapp über dem gesetzlichen Mindestlohn von 280 Euro. Sicherheitsstandards gelten für Subunternehmen meist nur auf dem Papier. Fernández berichtet, dass viele dieser Arbeiter:innen nicht einmal Zugang zu Umkleieräumen auf dem Betriebsgelände haben. Die Gewerkschaft versuche nun, sich auch für deren Interessen einzusetzen – etwa im Gesundheitskomitee, einem gesetzlich vorgeschriebenen Gremium, das paritätisch von Arbeitgebern und Beschäftigten gewählt wird. Dort habe man durch Wahlerfolg aktuell alle sechs Sitze auf Arbeiter:innenseite inne.

Cesar Fernández Bedoya sieht das Gesundheitskomitee auch als mögliches Werkzeug, um Umweltstandards durchzusetzen. „Das Unternehmen behauptet, alle Grenzwerte einzuhalten – aber wir bekommen keine Daten.“ OEFA, die Umweltbehörde, habe Zugriff, solle aber endlich Gewerkschaften in die Prüfungen einbeziehen. Die Beschäftigten kennen die Verhältnisse und sehen Probleme, etwa wie die Messung zur Luftverschmutzung durchgeführt wird. „Der Wind kommt fast immer aus Südosten“, sagt Fernández. „Aber die Messstation steht im Norden – dort misst man gar nichts.“

Das derzeit drängendste Problem ist jedoch ein ganz

anderes: Rückzahlungsforderungen. Während der Pandemie mussten Unternehmen Löhne weiterzahlen, wenn Beschäftigte nicht arbeiten konnten – etwa aus gesundheitlichen Gründen. Doch der Staat erlaubte, diese Löhne im Verhältnis 1:3 mit späterer Arbeitsleistung zu verrechnen. Jetzt fordert Cerro Verde von vielen Arbeiter:innen bis zu 250.000 Soles (ca. 64.000 €) zurück. Betroffen sind vor allem besonders vulnerable Personen, die wegen

der Pandemie lange nicht auf Arbeit gehen konnten. Das Unternehmen bietet Rückzahlungsvereinbarungen an – inklusive unbezahlter Mehrarbeit oder Verzicht auf Zulagen. Fernández warnt: „Das droht auch die Bedingungen für künftige Beschäftigte zu verschlechtern.“ Er fürchtet, dass dies nur ein erster Schritt ist, um Zulagen ganz zu streichen und die Arbeitszeit für alle Beschäftigten zu erhöhen.



Die Gewerkschaft von Cerro Verde gehört landesweit noch zu einer der Stärksten. Doch auch an ihnen sind die Folgen der Privatisierung nicht spurlos vorbei gegangen. „Es lässt sich nicht leugnen, dass die Privatisierung die Produktivität erhöht hat“, sagt der Generalsekretär Cesar Fernández (Mitte). „Aber um welchen Preis?“

## Nichtsnutze?

Trotz vieler Versuche ist es mir leider nicht gelungen, ein Interview mit der Arbeitgeberseite zu führen. Zurück in Lima treffe ich jedoch Federico Quispe – der eigentlich anders heißt. Der Ingenieur ist Experte für Konfliktmanagement in Bergbauprojekten, hat viele Jahre für verschiedene Bergbauunternehmen und staatliche Institutionen gearbeitet und blickt heute kritisch auf die Branche. Um seinen Job nicht zu gefährden, möchte er nicht mit seinem Klarnamen zitiert werden.

Einer seiner ersten Jobs führte Quispe zu Southern Copper Corporation, wo er im Konfliktmanagement tätig war. Er erinnert sich gut an den ersten Streik während seiner Zeit dort: „Mein Bereichsleiter hatte nur Verachtung für die streikenden Arbeiter übrig“, erzählt er. Statt nach Kompromissen zu suchen, habe dieser nur davon gesprochen, die Automatisierung des Bergbaus zu beschleunigen. „Dann brauchen wir die ganzen Nichtsnutze nicht mehr“, habe er über die streikenden Arbeiter gesagt. Spätestens in diesem Moment wurde Quispe klar, dass es im Community- und Konfliktmanagement meist nicht um die beste Lösung für alle Beteiligten geht – sondern um die ökonomisch günstigste. Und diese lasse sich am einfachsten über Bestechung erreichen.

Wie groß die Rolle von Korruption im Bergbau ist, konnte ich auf meiner Reise immer wieder beobachten. Meist geht es dabei jedoch nicht um Geldkoffer, sondern um Zahlungen, die ganz offiziell über die Buchhaltung der Unternehmen abgewickelt werden. In Marcona erzählte mir der Fischerpräsident von einem Anleger, der ihm im Rahmen eines Programms zur Förderung der lokalen Wirtschaft finanziert wurde. In Moquegua, Arequipa und anderen Orten berichten Menschen, dass Firmen von öffentlichen Amtsträger:innen als Subunternehmen für Bergbaugesellschaften tätig sind.

Quispe sieht auch in den Dialogtischen und Entwicklungsfonds ein wichtiges Mittel zur Einflussnahme. Häufig würden Projekte ausgewählt, die vor allem jenen Entscheidungsträger:innen nutzen, die beeinflusst werden sollen – oder es würden Bauunternehmen von Politiker:innen zu überhöhten Preisen beauftragt.

„Ein anderes Problem ist das Drehtürprinzip“, sagt Quispe. Viele Ingenieure wechselten wie er zwischen staatlichen Institutionen und Privatwirtschaft hin und her. Er berichtet von ehemaligen Kolleg:innen, die von Southern Copper zur Umweltbehörde OEFA

und wieder zurück ins Unternehmen gewechselt seien. Es komme vor, dass OEFA-Beamte über Umweltgutachten entscheiden, die sie zuvor selbst – im Auftrag des Unternehmens – erstellt haben. Wer dieses gut geölte System störe, verliere seine Chancen, im peruanischen Bergbausektor weiter Arbeit zu finden. Gleichzeitig seien politische Posten in Bergbauregionen häufig ein Sprungbrett in die nationale Politik. „Viele Minister der Regierung von Ex-Präsident Vizcarra haben ihre Karriere am Dialogtisch von Quellaveco begonnen“, erzählt Quispe. Fast alle Regierungen hätten enge Verbindungen zu den großen Bergbaukonzernen. Die Übergangsregierung unter Dina Boluarte habe in den letzten Jahren Umweltauflagen für Bergbauunternehmen weiter gelockert. Das Problem sei nicht nur, dass in Peru deutlich höhere Grenzwerte für Schwermetallbelastungen gelten als international üblich – sondern auch, dass die zuständigen Behörden gar nicht in der Lage seien, die Umweltgutachten der Unternehmen adäquat zu prüfen. „In den Gutachten werden nur sehr rudimentäre Informationen über das Projekt abgefragt“, erklärt Quispe, der in seinem aktuellen Job selbst Umweltgutachten für Bergbauprojekte erstellt. „Diese Informationen reichen nicht aus, um die Plausibilität der Angaben oder Berechnungen wirklich zu bewerten.“ So sei es kaum möglich, im Vorfeld zu überprüfen, ob ein geplantes Projekt tatsächlich so unbedenklich sei, wie vom Unternehmen behauptet.

Kommt es im laufenden Betrieb zu erheblichen Umweltschäden, werden zwar Sanktionen verhängt – etwa Geldstrafen oder Auflagen. Doch in der Praxis bleibt es meist folgenlos, wenn die Unternehmen die Strafen einfach nicht bezahlen. Fast alle großen Bergbauunternehmen in Peru haben Steuerschulden in teils dreistelliger Millionenhöhe. Mitte letzten Jahres belief sich die Gesamtsumme der Steuerschulden großer Unternehmen auf rund 6,6 Milliarden Euro, wie Recherchen peruanischer Journalist:innen zeigen.

Besonders brisant: Das Verfassungsgericht hatte auf Klage von Cerro Verde entschieden, dass Unternehmen keine Zinsen auf ausstehende Steuern zahlen müssen, solange diese juristisch angefochten werden. Dadurch lohnt es sich, die Zahlung über Jahre – sogar Jahrzehnte – hinauszuzögern: Wechselkursgewinne und Inflation machen das Warten für die Konzerne profitabel.



Als hier im März 2025 Gewerkschaften und Künstler:innen gegen die Regierung in Arequipa auf die Straße gingen, sanken die Umfragewerte der Regierung auf den historischen Tiefstwert von zwei Prozent. Doch die Proteste richten sich seit 2023 nicht nur gegen die Präsidentin Dina Boluarte, die nach einem Putschversuch von der rechten Kongressmehrheit an die Macht gebracht wurde, sondern für eine Reform der von Diktator Alberto Fujimori geschriebenen Verfassung.

## Das schwere Erbe der Diktatur

Die heutigen Konflikte rund um Bergbauprojekte lassen sich kaum verstehen, ohne die tiefgreifenden Umbrüche während der Diktatur von Alberto Fujimori zu berücksichtigen. 1990 gewann der politische Außenseiter überraschend die Präsidentschaftswahlen. Der wohl wichtigste Grund dafür war die tiefe Verachtung vieler Peruaner:innen gegenüber den klassischen Parteien, die stark von Großgrundbesitzern und der ökonomischen Elite geprägt waren. Und im Gegensatz zu seinem Herausforderer in der Stichwahl – dem Literaturnobelpreisträger Mario Vargas Llosa – versprach Fujimori die Wirtschaftskrise und Hyperinflation lediglich schrittweise durch Kürzungen zu bekämpfen.

Doch einmal ins Amt gewählt, stattdessen setzte Fujimori jedoch genau jene neoliberale Schocktherapie durch, gegen die er sich im Wahlkampf gestellt hat. Als diese am Widerstand des Parlaments zu scheitern drohte, führte Fujimori einen sogenannten

„Selbstputsch“ durch: Er löste das Parlament auf, schränkte die Rechte der Justiz ein und bildete mit dem Militär eine „Notstandsregierung“. Mit zahlreichen schweren Menschenrechtsverletzungen und Massakern beendete er den seit 1980 schwelenden bewaffneten Konflikt mit der maoistischen Guerilla Sendero Luminoso (Leuchtender Pfad) sowie der guevaristischen Bewegung MRTA. Die Repression richtete sich jedoch nicht nur gegen die Guerillas: Auch viele Anführer:innen der Studierendenbewegung, Gewerkschafter:innen, linke Gruppierungen und Vertreter:innen der indigenen Bewegung wurden Opfer staatlicher Todesschwadronen. Fujimoris Todesschwadronen gingen sogar noch brutaler gegen Arbeiter- und soziale Bewegungen vor als die in Nordkorea ausgebildeten Milizen unter Fujimoris sozialdemokratischem Vorgänger Alan García. Begleitend zu den Massakern, die in den Jahren 1991 und 1992 ihren Höhepunkt erreichten, ließ



Seitdem die Übergangspräsidentin Dina Boluarte Anfang 2023 Proteste für Neuwahlen blutig unterdrückt, ist in Lima fast permanent der Ausnahmezustand verhängt: Die Bewegungsfreiheit und Pressefreiheit sind eingeschränkt.

Fujimori eine neue Verfassung erarbeiten. Diese verstärkte nicht nur die Zentralisierung des Staates, sondern führte auch eine international nahezu einzigartige Vertragsform ein: die sogenannten Contratos-Ley (Vertragsgesetze). Dabei handelt es sich um individuell mit Unternehmen geschlossene Verträge, die – ohne Zustimmung des Parlaments – Gesetzesrang erhalten. Fujimori garantierte in diesen Verträgen zum Beispiel den Käufern der privatisierten Bergwerke weitreichende Steuerbefreiungen. Da diese Verträge über dem normalen Gesetz stehen, gelten spätere steuerrechtliche Verschärfungen nicht für Unternehmen, die über einen Contrato-Ley verfügen.

Das Klima der Angst und die Passivität vieler Gewerkschaftsführungen ermöglichten es Fujimori, in nur wenigen Jahren nicht nur das Bildungs- und Rentensystem teilweise zu privatisieren, sondern auch nahezu alle staatlichen Unternehmen zu Schleuderpreisen an internationale Investoren zu verkaufen – darunter weite Teile des Bergbausektors.

Die neuen Eigentümer nutzten das repressive Umfeld gezielt, um den Einfluss der Gewerkschaften Schritt für Schritt zurückzudrängen. Dabei bedienen sie sich verschiedener Mittel: Ausgliederung von Tätigkeiten an kleine Subunternehmen ohne gewerkschaftliche Organisation, neue Vertragsformen, die eine gewerkschaftliche Organisation unterbinden, Kettenbefristungen, die Gründung und Förderung sogenannter „gelber Gewerkschaften“ und die Einführung atypischer Schichtsysteme, die es erlauben, Arbeitskräfte aus allen Landesteilen anzuwerben. Letzteres erschwert eine gewerkschaftliche Organisation zusätzlich, da die großen Distanzen zwischen Arbeits- und Wohnort eine gewerkschaftliche Vernetzung außerhalb der Arbeitszeit nahezu unmöglich machen.

## Schlussfolgerungen

Der wohl wichtigste Einflussfaktor für die Akzeptanz von Bergbauprojekten ist deren geographische Lage ist. Quellaveco bedroht – zumindest potenziell – durch seine Lage in einem bedeutenden Wassereinzugsgebiet die Süßwasserreserven vieler Menschen. Die Mina Justa hingegen befindet sich in einem Wüstengebiet ohne natürliche Wasservorkommen; hier besteht keine Gefahr für Trinkwasserverunreinigung. Durch die Nutzung von aufbereitetem Meerwasser umgeht Mina Justa zudem einen weiteren umweltbezogenen Konflikt: die exzessive Wassernutzung durch Kupferbergwerke. Potenzielle Gefahren aufgrund der geografischen Lage müssen jedoch nicht zwangsläufig zu realen Risiken werden. Ob die Vorsichtsmaßnahmen tatsächlich ausreichen, lässt sich allerdings oft schwer oder gar nicht überprüfen. Selbst die für die Genehmigung zuständigen staatlichen Stellen erhalten von den Unternehmen häufig nicht genügend Informationen, um deren Umweltgutachten fachgerecht prüfen zu können. Das sogenannte „Drehtürprinzip“ – also der ständige Wechsel von Ingenieur:innen zwischen privaten Bergbauunternehmen und staatlichen Genehmigungsbehörden – lässt für viele Menschen die Neutralität staatlicher Institutionen zweifelhaft erscheinen.

Gemeinden im direkten Einflussgebiet haben zwar nach nationalem und internationalem Recht Anspruch auf eine vorherige Konsultation, jedoch in der Regel nicht die (finanzielle) Möglichkeit, die geplanten Projekte durch unabhängige Expert:innen prüfen zu lassen.

Ein zweiter entscheidender Faktor für die Akzeptanz von Bergbauprojekten ist die Frage, ob und wie stark die lokale Bevölkerung ökonomisch vom Abbau der Ressourcen profitiert – einer Tätigkeit, die zwangsläufig mit Umweltzerstörung einhergeht. Während viele chinesische Konzerne kaum in soziale Infrastruktur investieren, bemühen sich einige westliche Unternehmen – vor allem jüngere Marktteilnehmer – um öffentlich sichtbare Beiträge zur regionalen Entwicklung. Bei näherem Hinsehen entpuppen sich viele dieser Maßnahmen jedoch weniger als breit wirksame Entwicklungsimpulse denn als Mittel gezielter Einflussnahme. Programme, Fonds und

Infrastrukturprojekte dienen häufig dazu, lokale Entscheidungsträger:innen im Sinne der Unternehmen zu beeinflussen. Die in Peru weit verbreitete Korruption auf allen Ebenen des Staates bildet dabei ein zentrales Hindernis für jede nachhaltige Entwicklung.

Einerseits führt die Korruption regelmäßig zur Aushebelung von Umwelt- und Arbeitsschutzstandards. Andererseits zerstören sie das Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Institutionen. Die derzeitige Übergangspräsidentin Dina Boluarte, die nicht durch Wahlen ins Amt kam, wird laut Umfragen nur noch von etwa 2 % der Bevölkerung unterstützt – in manchen Regionen gar von null Prozent. Auch das Parlament gilt nur für 7 % der Bevölkerung als legitim. Die Legislative und andere staatliche Institutionen genießen ebenfalls kaum noch Vertrauen. Die Korruption und Selbstbereicherung politischer Eliten haben den Staat in die tiefste Legitimationskrise seit dem Putsch von 1992 gestürzt. Und neben dem Baugewerbe investiert der für die peruanische Wirtschaft zentrale Sektor des Bergbaus sehr viel Geld in die Beeinflussung von Entscheidungsträger:innen. Anstelle eines sozialpartnerschaftlichen Ansatzes verfolgen Bergbaukonzerne in Peru spätestens seit den 1990er Jahren einen gewerkschaftsfeindlichen Kurs. Alteingesessene Unternehmen versuchen zunehmend, den Geltungsbereich von Tarifverträgen einzuengen. Da Tarifverträge in Peru traditionell nur für Gewerkschaftsmitglieder gelten, sind Kettenbefristungen ein effektives Mittel, um gewerkschaftliche Organisation zu verhindern – und damit auch Ansprüche auf tariflich geregelte Löhne zu unterbinden.

Dennoch verdienen direkt bei den Bergbauunternehmen angestellte Beschäftigte oft überdurchschnittlich – auch ohne Tarifvertrag. Der Bergbau bleibt dadurch ein attraktiver Arbeitgeber. Doch eine zunehmende Auslagerung ganzer Tätigkeitsbereiche an Subunternehmen ändert dies zunehmend. In diesen Fremdfirmen liegt der Lohn oft nur knapp über dem gesetzlichen Mindestlohn von etwa 270 Euro im Monat.

Parallel dazu lässt sich eine Delokalisierung von Arbeitskräften beobachten: Viele Unternehmen be-

vorzuzug Beschäftigte, deren sozialer Mittelpunkt möglichst weit vom Bergwerk entfernt liegt. Dies wird durch sogenannte atypische Schichtmodelle ermöglicht – etwa 12-Stunden-Schichten mit kasernierter Unterbringung für zwei bis drei Wochen. So können Arbeitskräfte angeheuert werden, deren Familien hunderte Kilometer entfernt leben. An- und Abreisetage gelten dabei als unbezahlte Freizeit. Diese Delokalisierung verhindert die Entstehung von stabilen Bergbaustädten wie Marcona, in denen Gewerkschaften einst eine zentrale politische Rolle einnahmen.

Limitiert wird dieses Modell der Delokalisierung von Arbeitskräften vor allem durch verbindliche Vereinbarungen mit lokalen Gemeinden und Behörden, die häufig Quoten für lokale Beschäftigung festlegen. Um die Zustimmung dieser Autoritäten zu sichern, verpflichten sich viele Unternehmen vertraglich, eine bestimmte Anzahl an Arbeitsplätzen mit Personen aus der betroffenen Gemeinde zu besetzen. Mir wurde jedoch immer wieder berichtet, dass in der Praxis lokale Funktionär:innen bestochen werden müssen, um über diese Quoten einen Arbeitsplatz zu erhalten. Auffällig ist, dass in einigen Gemeinden mit solchen Quotenvereinbarungen die Zahl gemeldeter Einwohner:innen ein Vielfaches der tatsächlichen Bevölkerung beträgt – ein Hinweis darauf, dass die Beschäftigungslokalisierung oft nicht den Menschen vor Ort zugutekommt.

Im Hinblick auf Konfliktvermeidung bietet die Delokalisierung aus Sicht der Unternehmen zwei zentrale Vorteile:

1. Sie erschwert gewerkschaftliche Organisation, da große Distanzen zwischen Arbeits- und Wohnort eine Vernetzung außerhalb der Arbeitszeit verhindern.

2. Sie sorgt dafür, dass Nachbarschaftsthemen – insbesondere Umweltfragen – nicht in die Belegschaft hineingetragen werden. So vermischen sich Arbeits- und Umweltkonflikte weniger stark.

Doch die Strategie hat einen Preis: Wenn die Menschen im Umfeld der Minen vor allem unter den negativen Umweltfolgen des Bergbaus leiden, aber kaum ökonomisch profitieren, nimmt die Ablehnung zu. Ohne reale Teilhabe und Mitbestimmung der betroffenen Bevölkerung und der Beschäftigten bleibt dessen gesellschaftliche Akzeptanz für Bergbauprojekte fragil.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es prinzipiell eine große Akzeptanz des Bergbaus gibt. Ich habe nur sehr wenig Menschen kennengelernt, die sich prinzipiell gegen die Ausbeutung von Rohstoffen stellen, die zwangsläufig immer mit Umweltzerstörung verbunden ist. Auch die Mehrzahl der aktivsten Gegner:innen von Bergbauprojekten betonten immer wieder, dass sie nicht prinzipiell gegen den Bergbau sind sondern nur gegen die Art und Weise, wie er betrieben wird.

Die größte Verantwortung für eine Verbesserung liegt sicherlich beim peruanischen Staat: Kampf gegen Korruption, Umweltschutz und mehr Wertschöpfung aus dem Bergbau. Ohne einer Hüttenindustrie besteht auch keine Grundlage für die Entwicklung einer verarbeitenden Elektroindustrie, von der wesentlich breitere Teile der peruanischen Bevölkerung profitieren könnten. Aber auch deutsche Unternehmen haben durch ihre Marktmacht die Möglichkeit auf die Einhaltung von Menschen-Arbeits- und Umweltrechte hinzuwirken. Und mit dem Lieferkettengesetz eigentlich auch (noch) die Pflicht dies zu tun.